

Herrschaft der Wissenschaft? Szientokratie als Anti-Politik

Ein Kommentar von
Peter Strohschneider

Illustration **Martin Fengel**



Prof. Dr. Peter Strohschneider hat einen Lehrstuhl für Germanistische Mediävistik an der LMU München inne. Von 2006 bis 2011 war er Vorsitzender des Wissenschaftsrats, seit 2013 ist er Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

In vielen Ländern sind populistische und autokratische Bewegungen im Begriff, die Institutionen von Politik, Justiz oder Medien zu kapern. Und sie zeigen sich, so hat Barbara Stollberg-Rilinger an dieser Stelle gesagt, auch als „Anti-Wissenschaft“.

Gegen alle diese populistisch-autokratischen Versuche, Wahrheit zu einer Funktion von Macht umzudefinieren, muss gestritten werden. Doch darf man dabei nicht umgekehrt legitime Machtausübung im demokratischen Rechtsstaat als eine Funktion von Wahrheit ausgeben. So sehr nämlich demokratische Herrschaft gut begründeter Information bedarf, so sehr ist sie mehr als bloß die administrative Exekution von Forschungsergebnissen. Sie setzt der Despotie, auch der Despotie von Wahrheiten (Hannah Arendt), den streitigen, aber friedlichen Ausgleich konkurrierender Interessen- und Deutungslagen entgegen.

Politischer Streit ist in der Demokratie nicht die Abweichung, sondern der Regelfall, und dafür gibt es – im Rahmen der Verfassung – keine übergeordnete Schlichtungsebene. Nicht einmal die Wissenschaft! Diese nämlich kann (methodisch skeptisch!) sagen, was der Fall ist. Sie kann aber nicht sagen, was alternativlos der Fall sein sollte. Wissenschaft hat kein politisches Mandat, und es fehlt ihr auch nicht.

Szientokratisch nenne ich den Anspruch, dass es anstatt der Konkurrenz von Wahrheitsansprüchen nur eine einzige, gewisse und zwar: wissenschaftliche Wahrheit gebe. Aus ihr folge unmittelbar, was zu tun sei, und sie könne daher gesellschaftliche Wertkonflikte und politischen Streit überwinden. Dieser illusorische Anspruch ist gleichermaßen erkenntnis- wie demokratietheoretisch schlecht durchdacht.

In ihm steckt eine Hypertrophierung von Wissenschaft. Der Revisionsvorbehalt, unter dem ihr Wissen immer steht, müsste ebenso kassiert werden wie die prinzipielle und produktive Zukunftsoffenheit methodischer Erkenntnisuche. Als gesellschaftliche Letztinstanz wäre Wissenschaft überfordert.

Und zugleich steckt in jenem Anspruch eine Politik der De-Politisierung. Das Szientokratische schmälert die Bedeutung des Politischen, indem es so tut, als seien seine Konflikte auf einer transpolitischen, eben wissenschaftlichen Ebene entscheidbar. Darin ist die szientokratische Kritik populistischer Anti-Wissenschaft ihrerseits anti-politisch. Sie ist es just dort, wo es im Gegenteil darauf ankäme, politisch zu werden.

Demokratische Politik indes hätte zu beginnen mit der Bekämpfung von Kurzschlüssen zwischen den Sphären wissenschaftlicher Erkenntnis und politischem Streit. Und Wissenschaft ebenfalls.

